Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 25 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 15 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 28 — Donnerstag, den 3 Februar 1921. — 44. Jahrgang

Reichstag und deutsches Volk einig!

Kurze Tagesmeldungen.

Im Reichstag gab der Führer der Demokraten, Abg. Schiffer, im Namen der Regierungsparteien die Erklärung ab, daß sie die Ablehnung der Pariser Vorschläge durch den Außenminister Dr. Simons billigen und sich hinter die von der Regierung dem Verbande zu machenden deutschen Vorschläge stellen.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklärte der Abg. Müller, daß die Partei mit Dr. Simons einig sei hinsichtlich der Undurchführbarkeit der Pariser Vorschläge und daß sich keine deutsche Regierung finden werde, die solche Forderungen für ausführbar erklären werde.

Zwischen der Reichs-Regierung und den Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) herrscht Einmütigkeit gegenüber dem Verbandsansinnen in der Entschädigungsfrage.

Die Bayerische Kammer nahm einstimmig eine Erklärung an, daß die Reichsregierung den Pariser Beschlüssen nicht zustimmen könne.

In der französischen Kammer brachten mehrere Abgeordnete einen Antrag ein, sofort Wechsel über 150 Milliarden auf die deutsche Entschädigung auszugeben.

Ein nationales Kabinett?

Die Stunden, in denen wir gegenwärtig leben, kommen an ihrem Ernste denjenigen von Weimar im Juni 1919 nicht nur gleich, sondern übertreffen sie hierin noch, sowie an geschichtlicher Bedeutung. Wenn es jetzt dem deutschen Volke nicht gelänge, über allen Parteihader hinweg seine nationale Einheit zu finden und zu bekunden, so wäre ihm nicht mehr zu helfen. Man müßte dann seinen Untergang in Schutt und Schlamm als ein vom Schicksal ihm bestimmtes Los auffassen.

Aber wir denken garnicht daran, uns solchem Fatalismus hinzugeben. Was in diesen Zeiten ödlichster Erregtheit an nationalen Kräften in unseren breiten Körpern sich spannt, muß dem Vaterlande gespiert werden. Wie klein und kleinlich erscheinen uns doch angesichts der überwältigenden Entscheidung vor der wir in diesem Augenblicke stehen, alle vielfach nur aus parteitaktischen und parteidemagogischen Gründen aufgebauschten Streitereien und Zänkereien über diese oder jene untergeordnete Etatsfrage! Ja, was bedeutet selbst die erschütternde Tatsache, daß wir heute schon vor einem Reichshaushalts-Defizit in Höhe von 80 000 Millionen stehen — macht man sich denn auch nur irgendwo einen Begriff davon, was diese Summe zu sagen hat? — gegenüber einer Kriegsentschädigungsforderung von dreihundert Milliarden Mark, die wir in 42 Jahren bezahlen sollen! Nicht mehr „Reparationen", nicht mehr Wiederherstellung, sondern unerhörte Bereicherung auf dem Umwege einer neuen Methode der Kriegsentschädigung bedeutet solches Verlangen. In gleicher Beziehung wird auf das gröblichste gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages verstoßen, die doch wahrhaftig schon mit teuflischer Raffinesse ausgetüftelt waren, um alle unsere Kräfte und Fähigkeiten in Fesseln zu legen: Der Friedensvertrag sichert uns zu, daß wir nur den wirklichen Schaden zu „reparieren" haben, daß uns dieser Schaden im einzelnen nachzuweisen und daß Deutschland bei jedem einzelnen Teile „billiges Gehör" zu geben ist. Nichts von alledem in der jetzigen Ententenote, die man wie zum Hohne in einer Kunstdruckmappe auf Büttenpapier mit künstlerischen Lettern gedruckt und mit Goldrand umbrämt uns vorlegt. Nichts steht der Friedensvertrag vor über einen Ausfuhrzoll, nichts über eine Zollkontrolle und dergleichen mehr. Muß man nicht nach alledem des Glaubens werden, daß die Entente vermeint, sie könnte uns nun alles bieten!

Wo sind die nationalen Kräfte, die sich gegen diese Henkerarbeit auflehnen! Wenn man jetzt wenigstens die Bedeutung der Stunde begreifen! Werden jetzt diejenigen Parteien, die ihre „Aufbau"-Tätigkeit in niederreißender Kritik sehen, erkennen, daß es nur noch einen Weg gibt, Volk und Vaterland zu retten: Die Schaffung einer lückenlos geschlossenen Einheitsfront des Volkes!

Ein nationales Kabinett zu bilden, ist in diesen Tagen ernsthaft in den Reihen der politischen Parteien erörtert worden. Ein Kabinett der nationalen Abwehr müßte es darstellen, eine Regierung, in welcher die Vertreter aller Parteien säßen, die das Wohl des Volkes nicht nur im Munde führen, sondern es durch ihre entsagende, ganz auf das Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit gestellte Tätigkeit fördern wollen. Leider können wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß ein solcher Ausgleich unter den Parteien bei der Kittelsucht der Deutschen und bei ihrem Hang zu parteipolitischen Zersplitterungen möglich wäre. Aber ist es denn so ganz unmöglich, wenigstens für diese Notzeit den Parteiflügel in die Ecke zu werfen, wäre es wirklich so ganz unmöglich, daß ein gepeinigtes, gehetztes, von Schmerzen, Leiden, Opfern und Entbehrungen stöhnendes Volk nicht auch die politische Einheit aufbrächte, die den stärksten Wall gegen neue Demütigungen, neue Experimente, gegen Unsinn und Wahnsinn bildete! Jetzt werden sich die Geister scheiden müssen. Jetzt muß vor allem die Sozialdemokratie zeigen, ob sie diese letzte Gelegenheit, die sich ihr bietet, um in Ansehen und Ehren wieder zur Mitwirkung an der Gestaltung der politischen Geschicke des deutschen Volkes zu kommen, zu nutzen weiß. Bis jetzt haben in diesen Reihen immer noch die wahltaktischen Rücksichten im Hinblick auf die kommenden Preußenwahlen Oberhand gewonnen. Jetzt ein nationales Kabinett, das nichts anderes bezweckt, als in geschlossener Einheitsfront das deutsche Volk über den Abgrund hinweg zu führen, jetzt eine nationale Einigung aller wirklich national und vaterländisch empfindenden Elemente des Volkes, wo immer sie stehen mögen, jetzt ein einheitlicher nationaler Wille und jetzt die Bekundung einer hinreißenden Entschlossenheit, diesem Willen Ausdruck zu geben, — und niemand könnte es wagen, uns solche Zumutungen zu machen, wie wir sie jetzt oder im zweiten Jahre nach dem Frieden von Versailles erleben mußten!

Deutscher Reichstag

Berlin, 2. Februar.

Am Ministertisch: Reichskanzler **Fehrenbach**, Außenminister **Dr. Simons** und andere Mitglieder des Reichskabinetts. Der Sitzungssaal und die Tribünen sind stark besetzt.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung 1½ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die

Besprechung der Pariser Beschlüsse

und der Erklärung der Regierung.

Abg. **Schiffer** (Dem.): Namens der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-Demokratischen Partei und des Bayerischen Bauernbundes habe ich folgende

Erklärung der Regierungsparteien

abzugeben:

Die uns vorgelegten Noten enthalten Zumutungen, die weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrages noch mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar sind. (Lebhafter Beifall.) In Schmerz und Empörung, aber mit dem vollen Bewußtsein unserer durch den furchtbaren Ernst der Stunde geschaffenen Lage erheben wir schärfsten Widerspruch gegen den Mißbrauch der Gewalt. Die Erklärungen des Herrn Reichsministers des Aeußern billigen wir. (Lebhafter Beifall.) In der Entwaffnungsfrage wollen wir sie von uns übernommenen Verpflichtungen voll und ganz ausführen. Aus demselben Geiste dieser Erfüllung heraus legen wir aber Verwahrung ein gegen die wider den Friedensvertrag verstoßenden Zumutungen, die alle gezogenen Grenzen zu unseren Ungunsten überschreiten. (Sehr richtig!) Die Verantwortung dafür, daß durch unsere weitgehenden Schwächungen auch die Widerstandskraft gegen die von außen und innen drohenden Gefahren des Bolschewismus geschwächt wird, trifft die Alliierten. Die Vorschläge, die uns von den Alliierten vorgelegt werden, sind, darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen, für uns unannehmbar, um eine Grundlage zu Verhandlungen bilden zu können. Sie würden nicht die Gesundung des deutschen Volkes herbeiführen, sondern die wirtschaftliche und politische Versklavung des deutschen Volkes nach sich ziehen. Durch ihre Rückwirkung, die mit den ökonomischen und finanziellen Beziehungen auf alle anderen Völker übergreifen würde, sind auch diese in unseren Untergang verwickelt. Das deutsche Volk wird als Abnehmer und Verbraucher aus der Weltwirtschaft ausscheiden. In dieser Lage uns Wege zu zeigen, die die deutsche Leistungsfähigkeit nicht vermindern, ist die Absicht der Reichsregierung. Sollte es ihr gelingen, auf der Grundlage neuer diesem Gesichtspunkte entsprechender Vorschläge eine Einigung zu erzielen, die der Welt fruchtbare Arbeit zuführt, so wird die Regierung uns an ihrer Seite sehen, ebenso wenn ihre Vorschläge abgelehnt werden und die Entente an ihren Forderungen festhält, die die Vernichtung des deutschen Volkes in Gegenwart und Zukunft bedeuten.

Die Stellung der Sozialdemokraten.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) gibt im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages stimmt den Ausführungen des Reichsministers des Aeußern über die Unausführbarkeit der Pariser Vorschläge zu. (Lebhafter Beifall.) Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge für ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden. (Lebhafter Beifall.) Sie würde Vertrauen weder im Inlande noch im Auslande haben; denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen. Die geforderten 42-jährigen Zahlungen würden die Kräfte des deutschen Volkes weit übersteigen. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Die Forderungen einer 12prozentigen Abgabe von der gesamten Ausfuhr sowie die von uns geforderten 42 Jahreszahlungen stehen im Widerspruch mit dem Vertrage von Versailles, in dem 30 Jahreszahlungen festgesetzt sind. Die Ausfuhrabgabe würde ein Zwang für die ganze Welt sein, auf dem deutschen Markte teuer einzukaufen, und eine Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter bedeuten. Die geplante Kontrolle der deutschen Reichsanleihen und des deutschen Zollsystems würde der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unerträgliche Zwangsjacke anlegen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten des Reichstages richten an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, um unter Berücksichtigung der internationalen Arbeitsgemeinschaft das Wirtschaftsproblem einer erträglichen Lösung entgegenzuführen. (Lebh. Beifall.) Die Entwaffnung Deutschlands ist heute schon so weit gediehen, daß auch für andere Völker kein Anlaß besteht, die schweren Rüstungen weiter zu tragen. (Sehr wahr!) Nur eine allgemeine Entwaffnung wird den Frieden sichern und einen wahren Völkerbund schaffen, der das Ziel der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft und der ganzen Welt ist." (Lebhafter Beifall.)**

Zustimmung der Deutschnationalen.

Abg. **Hergt** (Deutschn.): Wir sind durchdrungen von dem ganzen Ernst der durch die Noten der Entente geschaffenen Lage. Für uns gibt es gegenüber diesen Zumutungen nur ein glattes Unannehmbar. (Beifall.) In den Ausführungen des Ministers des Aeußern hätten wir in der Entwaffnungsfrage eine klare Stellungnahme und einen entschiedeneren Ton gewünscht. (Beifall rechts.) Auch die Entente hat sich bisher Rücksichten auf die Not der Zeit nicht ganz versagen können. Jetzt läßt die Entente nicht nur alle Rücksichtnahme auf diese Not wegfallen, sondern fordert über die unerhört harten Bedingungen des Versailler Friedens ohne jeden Rechtsgrund eine weitere Einschränkung unserer Machtmittel. In der Frage der Reparation stimmen wir den Ausführungen des Ministers Simons zu. Die Folge der Annahme der sogenannten Proportionen würde die dauernde Versklavung des deutschen Volkes nach sich ziehen. Die Vorschläge müssen darum von vornherein zurückgewiesen werden und dürfen in keiner Weise als Grundlage oder auch nur als Anhaltspunkt für Verhandlungen dienen. (Lebhafte Zustimmung.) Die uns angedrohten Sanktionen gehen noch über das im Versailler Vertrage festgesetzte Strafmaß hinaus. Wir erheben gegen diese von größtem unersättlichen Vernichtungswillen gegen das deutsche Volk zeugenden Vorschläge entschiedenen Einspruch. Wenn uns die Entente ihre Forderungen mit Gewalt aufzwingen will, zerreißt sie mit eigenen Händen den Versailler Vertrag (mit erhobener Stimme) und dann auch für uns. (Lebhafter Beifall.) Wir sind bereit, uns hinter jede Regierung zu stellen, die gewillt ist, diesem unerhörten Vergewaltigungsversuch entgegenzutreten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Redner fügt im Auftrage seiner Partei der Erklärung noch einige Bemerkungen hinzu: „Das deutsche Volk will lieber ein Ende mit Schrecken als diesen Schrecken ohne Ende. (Beifall rechts.) Wenn diese Stimmung hier gestern nicht zum Ausdruck kommen konnte, so ist es heute die Pflicht der Abgeordneten, einmütig des Volkes Stimme zu bekunden." (Lebhafter Beifall.)

Die Linksradikalen.

Abg. **Ledebour** (Unabh.) polemisiert zunächst gegen die Rechte, die Schuld an allem trage; in Deutschland habe man damals eine Entschädigung von 200 Milliarden und 150 Milliarden für die Verbündeten gefordert, was bei dem jetzigen Kursstand über 500 Milliarden Goldmark ausmachen würde; demgegenüber seien die Ententeforderungen verständlich (Heiterkeit). Weil wir unsere Arbeiterbrüder in den Ententeländern in dem Widerstand gegen die imperialistischen Regierungen aller Länder unterstützen müssen, dürfen wir nicht eine nationalistische Welle aufrühren lassen.

Abg. **Levi** (Komm.): Mit allen Erklärungen werden Sie der Entente nicht imponieren. Nur eine Macht gibt es, die große Weltenwende, Sowjetrußland! (Stürmisches Gelächter bei den Mehrheitsparteien.)

Damit schließt die Besprechung.

Präsident **Löbe** knüpft daran eine Ansprache in der er ausführt: Möchte die Konferenz auf die Worte des Reichstages hören, damit ihm und uns Dinge erspart bleiben, die einfach nicht können bei dem Versuche einer gewaltsamen Durchsetzung dieser unmöglichen Forderungen. (Beifall.) Die Forderungen entspringen vielleicht dem naiven Glauben, daß die Arbeitskraft des deutschen Volkes unverwüstlich bleibe auch bei den größten Drangsalierungen. Das aber, was der Fremde in einem gut versorgten Lokal sieht, ist nicht das deutsche Volk. Da, wo von 600 Gemeindeschülern 400 kein Hemd anhaben, wo die Mütter den hungernden Kindern kein Brot mehr geben können, da zeigt sich das Elend des deutschen Volkes. Das deutsche Volk hat seine warnende Stimme erhoben. Wenn sie überhört wird, dann trifft die Folge nicht nur uns, sondern ganz Mitteleuropa und auch diejenigen, die sie hervorgerufen haben. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause und auf den Tribünen.)

Die Abgeordneten Crispien (USt.), Dr. Levi (Komm.), Adolf Hoffmann (Komm.) und Ledebour (US) erklärten unter lebhaftem Widerspruch der Mehrheit, der Präsident sei nicht berechtigt gewesen, in die Debatte einzugreifen.

Die Abgeordneten Müller-Franken (Soz.) und Trimborn (Z.) erklärten dagegen, der Präsident habe nicht die Geschäftsordnung verletzt, sondern er habe die Mehrheit des Volkes aus dem Herzen gesprochen.

Von Haus und Tribünen wird diese Erklärung mit lautem Beifall begleitet, eine Gegenerklärung

des Abg. Hoffmann wird erstickt durch schallendes Gelächter.

Die Verlesung der Entschließung des bayrischen Landtages gegen die Ententeforderungen wird mit großem Beifall aufgenommen.

Dann geht das Haus zu seiner regelmäßigen Arbeit über. Bei der zweiten Beratung des Reichshaushalts wird der Titel Wehrministerium genehmigt mit den dazu gestellten Anträgen. Der Antrag Brüning, das auf Vermehrung der Hauptleute wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Beim Marinewesen wird der kleine Kreuzer gegen die Stimmen der Linken und einzelner Demokraten bewilligt und der Titel genehmigt.

Es folgt die Beratung des Gesetzes über die Betriebsbilanz, Betriebsgewinn- und Verlustrechnung.

Abg. Giebel (Soz.) begründet einen Antrag Müller Franken, wonach auch Rohbilanzen, Kontokorrentauszüge, Abschreibungen, Handelsunkosten und Fabrikationskosten den Betriebsräten vorzulegen sind, ein Antrag, der bereits im Ausschuß abgelehnt worden ist. Der gemeinsame Antrag der bürgerlichen Parteien will, daß die Auskunfterteilung sich auf die Unterlagen der Bilanz beschränkt. Der unabhängige Antrag wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, der bürgerliche Antrag angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes nach den Beschlüssen des Ausschusses.

Gemäß dem Bericht des Geschäftsordnungsausschusses wird die Strafverfolgung der Abgg. Eichhorn, Teuber und Ernst versagt.

Dem Antrage des Geschäftsordnungsausschusses gemäß beschließt das Haus die Konstituierung eines Ausschusses zur Untersuchung der gegen den Ernährungsminister Dr. Hermes erhobenen Vorwürfe.

Donnerstag Wehrgesetz, kleine Vorlagen und Interpellationen.

Protest des württembergischen Landtages gegen die Ententeforderungen.

TU. Stuttgart, 2. Febr. Die heutige Sitzung des württembergischen Landtages wurde vom Präsidenten mit einer Kundgebung gegen die Ententeforderungen eröffnet. Der Präsident betonte, daß alle deutschen Stämme und Länder das Verlangen der Entente, das den Lebensnerv Deutschlands vollständig zerschneide, entschieden abgelehnt hätten. Der württembergische Landtag sei in der Ablehnung dieser wahnsinnigen Forderungen einer Meinung: Lieber unterzugehen, als eine endlose Sklaverei. Das Haus stimmte der Kundgebung lebhaft bei.

TU. London, 2. Febr. Der Berliner Korrespondent des Expreß hat verschiedene deutsche Persönlichkeiten, über das Reparationsabkommen interviewt. Der Finanzminister Dr. Wirth erklärte dem Korrespondenten: Erwarten Sie von mir nicht, daß ich mir Mühe geben werde, die Vorschläge der Entente zu besprechen. Ich bin in vollständigem Einvernehmen mit Herrn Dr. Simons in der Ablehnung der Forderungen. Er erklärte dem Korrespondenten weiter, die energischsten Ausdrücke sind zu schwach, um die Vorschläge zu qualifizieren. Wir können nicht darüber diskutieren. Es sind keine Vorschläge, das ist Phantasie.

Protest der Christlich-nationalen Gewerkschaftsbundes

TU. Berlin, 2. Febr. Der christlich-nationale Gewerkschaftsbund nahm am Dienstag, den 1. Februar in einer Vertreterkonferenz eine Entschließung an, in der er die Reichsregierung auffordert, auf den wirtschaftlichen Erdrosselungsversuch der Pariser Reparationspläne nur die Antwort zu geben, „Nein." Alle Parteien, Berufsverbände und sonstige für Deutschlands Zukunft in verantwortlichen Organisationen werden aufgefordert, der Regierung in ihrem schweren Abwehrkampf beizustehen und in höchster Not der Schicksalsfragen der Nation über allen inneren Gegensätze zu stehen.

Ein Bayrisches „Nein".

TU. München, 2. Febr. In der Universität fand heute mittag in Anwesenheit sämtlicher Professoren, mehrerer Vertreter der Behörden und des Landtages und von tausenden Studierenden eine machtvolle Kundgebung gegen die Pariser Vergewaltigungen statt. An die Reichsregierung wurde eine Entschließung gerichtet, die von der Regierung und vom Reichstage ein entschiedenes „Nein" fordert. Ein Redner erklärte daß der bayrische Ministerpräsident v. Kahr in Berlin bereits das Nein gegeben habe, daß er für Bayern in dieser Frage nur ein entschiedenes „Nein" abgeben könne.

Reichsschatzminister a. D. Gothein über die Wiedergutmachungsannuitäten.

TU. Berlin, 2. Febr. In einem Aufsatz „Die Kapitalisierung der Wiedergutmachungsannuitäten" im Berliner Tageblatt bezeichnet Reichsschatzminister a. D. Gothein die Pariser Propositionen als eine Milchmädchenrechnung übelster Art. Er sagt: Die Franzosen brauchen Geld und zwar bald. Sie verlangen daher von uns die unverzügliche Ausstellung von auf den Inhaber lautenden Bonds, die an den vorgesehenen Fälligkeitstagen zahlbar sind. Auf diese hoffen sie von Amerika oder anderen geldkräftigen Staaten Geld zu bekommen. Wenn wir aber zahlungsunfähig sind, und das müssen wir spätestens in wenigen Jahren werden, wenn wir die Bedingungen annehmen, so wird auf diese Bonds niemand sein Geld hergeben. Ein Wechsel auf einen zahlungsunfähigen Kunden ist eben ein fauler Wechsel. Ein kluger Gläubiger sorgt dafür, daß sein Schuldner zahlungsfähig wird. Die Entente hat aber bisher alles getan, uns nicht gesunden zu lassen. Der Sturz unserer Valuta nach Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse beweist es wieder klagen.

Eine unsinnige Schlußfolgerung der alliierten Sachverständigen.

TU. Paris, 2. Febr. Der Bericht der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz über die Wiedergutmachung soll in einem starken Band erscheinen. Die alliierten Sachverständigen kommen nach genauer Prüfung zu der Schlußfolgerung, daß die Finanzlage Deutschlands sich sehr rasch verbessern und die wirtschaftliche Lage gehoben werden könne, sobald die außerordentlichen Ausgaben für Unterstützung wegfallen (!). Diese Ausgaben können so rasch verschwinden, wie es ohne Erregung sozialer Unruhen geschehen kann.

Der Daily Chronicle über die Haltung der deutschen Regierung.

TU. Brüssel, 2. Febr. Der offiziöse Daily Chronicle überschreibt die Schilderung seines Korrespondenten über die Reichstagssitzung am Dienstag „Deutschlands unverschämte Haltung". Wenn die jetzt eingenommene Haltung der deutschen Regierung, die darin besteht, unter Ignorierung der alliierten Beschlüsse eigene Vorschläge vorzubringen, nur eine Art Gesichterschneiderei sei, sei das nicht gefährlich. Die Alliierten hätten vorher damit gerechnet. Man habe diese Konzessionen nicht mitgeteilt, wolle aber dafür sorgen, mitzuteilen, daß die Abmachungen einstimmig getroffen worden seien, und niemand könne erwarten, daß über das Wesen der Abmachungen noch irgendwelche Veränderungen möglich seien. Es gebe Einzelheiten in Fragen der Zeit, des Ortes und der Methode der Zahlung, über die man die Deutschen entgegenkommenderweise befragen könne. Die Deutschen haben aber eine erneute Diskussion der Hauptpunkte beabsichtigt. Wenn sie sich nur keine Ungelegenheiten machen(!).

Lenkt die Entente ein?

Paris, 2. Febr. Dem „Temps" zufolge verlautet, daß die Alliierten angesichts der ablehnenden Haltung Deutschlands ihre Pariser Beschlüsse unter ausdrücklichem Hinweis auf die Sanktionen aufrecht erhalten werden, zugleich aber bekunden wollen, daß sie etwaigen Einwänden Deutschlands Rechnung zu tragen gedenken, falls die deutsche Regierung die Unausführbarkeit dieser oder jener Bedingung nachweisen sollte.

Der „Temps" verspricht sich von einer derartigen Kundgebung der Alliierten keinerlei Erfolg und empfiehlt von Simons durch sofortige Beschlagnahme der deutschen Zollämter im besetzten Gebiet und Verlängerung des im Friedensvertrag vorgesehenen besonderen Zollregimes über das Rheinland zu beantworten.

Unter Vormundschaft.

Kritik unseres Etats durch Entente-Sachverständige.

Paris, 2. Febr. Der Bericht der alliierten Sachverständigen über die deutschen Finanzen und den deutschen Staatshaushalt ist heute veröffentlicht worden. Er kündigt an, daß in absehbarer Zeit das deutsche Budget auf der Ausgabenseite um .. Milliarden Mark und auf der Einnahmeseite um 8 Milliarden Mark verringert werde. Zahlreiche Ausgabeposten der Haushaltsjahre 1920 im Vergleich zum Jahre 1919 werden als unbegründet erklärt. Alle Staatsunternehmungen würden, dem Bericht zufolge, reduziert werden. Die Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages könnten in gewissem Umfang eingeschränkt werden. Der Bericht weist nach, daß von 22 Milliarden, die unter Ausführung des Friedensvertrages stehen, nur die Hälfte für die Wiedergutmachung verwendet werde, die übrigen 11 Milliarden aber für sämtliche Forderungen der Alliierten. Dieser Zustand soll geändert werden. Der Voranschlag für die Einnahmen wird als zu niedrig erklärt. Es wird empfohlen, die direkten Steuern zu ermäßigen und die indirekten Steuern bedeutend zu erhöhen, besonders für Tabak, Zucker, Kaffee, Kakao, Alkohol und Kohle. Ebenso sollen die Zoll- und Ausfuhrabgaben erhöht werden. Bei entsprechender Revision des Staatshaushaltes rechnet die Sachverständigen für einen nahen Zeitpunkt mit einem Ueberschuß der Einnahmen. Die Ausgaben für den Friedensvertrag sollen nach Möglichkeit eingeschränkt werden, soweit sie nicht zur Wiedergutmachung dienen. Sie müssen vor dem Ueberschuß des ordentlichen Budgets durch indirekte Steuern gedeckt werden. Der Bericht betont zum Schluß, die Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sei notwendig. Die Alliierten seien bereit, Deutschland zu unterstützen und würden sich nur ungern entschließen, gemäß dem Friedensvertrage ihre Prioritäts rechte bei allen Staatseinnahmen auszuüben

Ungünstige Stimmung an der Pariser Börse.

Paris, 2. Febr. An der Börse herrschte heute unter dem Eindruck der Meldungen über die ablehnende Haltung Deutschlands eine sehr ungünstige Stimmung. Die Kurse gingen auf der ganzen Linie abwärts, auch die fremden Devisen fielen.

Die 12½ Prozent Ausfuhrtaxe für die Entente.

Von Direktor van den Kerkhoff, M. d. R.

Wem ist nicht ein sarkastisches Lächeln über die Lippen geflogen, als er von der neuen utopischen Forderung unserer Feinde las, daß man eine Abgabe von 12½ Prozent (12½ v. H.) von unserer Ausfuhr erheben will, um die rund ½ Milliarde Goldmark oder 5 Milliarden Papiermark sicherzustellen, die wir durchschnittlich monatlich 42 Jahre lang bezahlen sollen?! Wer hat denn unsere arglistigen Feinde auf diese famose Idee gebracht?! War es nicht der „Führer" unserer Wirtschaft, der Staatssekretär Prof. Dr. Hirsch, der heute noch sein Wesen im Reichswirtschaftsministerium treibt, der den herrlichen Gedanken von der Ausfuhrabgabe aufbrachte? Die Industriellen des Bergischen Landes dürfen sich schmeicheln, damals und fortgesetzt eindringlich gewarnt zu haben. Man griff sich an die Stirn, man sah sich verwundert an, und — es darf nicht verschwiegen werden — selbst hervorragende Männer unseres deutschen Wirtschaftslebens haben die Hand dazu geboten, daß das Scheusal von Mißgeburt unter dem hochtrabenden Namen „soziale Ausfuhrabgabe" das Licht der Welt erblickte. Man rede uns nicht davon, daß ganz andere Gründe und die besten Absichten damals maßgebend gewesen seien. Durch die damalige Verordnung hat eine deutsche Regierung ein Odium auf sich geladen, etwas in die Welt zu setzen, das als wirtschaftsfeindlich, als eine Utopie, als ein Attentat schlimmster Art bezeichnet werden muß. Und unsere Feinde schnappen prompt ein. Sie sind hellhöriger als der deutsche Michel und packen ihn bei seinen eigenen Ohren.

Wer wird denn der Leidtragende bei dieser 12½prozentiger Ausfuhrtaxe sein? Der deutsche Arbeiter, der heute schon schwer darunter leidet, daß der Export so gut wie vernichtet ist, wird den „vollen Segen" dieser neuen Daumenschraube der Entente in der Hauptsache zu spüren bekommen. Deutsche Industrielle, versäumt nicht, überall und immer wieder mit Nachdruck darauf hinzuweisen, wo der Gedanke der Ausfuhrtaxe geboren ist! Es war noch noch unter dem Zeichen der sozialistischen Regierung, als dieser folgenschwere Unsinn auf das deutsche Wirtschaftsleben unter-

---

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

8) (Nachdruck verboten.)

Der Oberstleutnant Arnitorf verleugnete in Haltung und Gebahren keinen Augenblick den ehemaligen Militär. Von hoher, aber beinahe hagerer Gestalt, zeigte er trotz seiner weißen Haare und seines grauen Schnurrbarts in jeder Bewegung die ungebrochene Elastizität eines an körperliche Strapazen jeder Art mehr denn ein Menschenalter hindurch gewöhnten Mannes. Aber er offenbarte zugleich auch die elegante Sicherheit, die sich nur im Verkehr mit der besten Gesellschaft erwirbt, und die namentlich Jüngeren gegenüber stets den Eindruck einer Ehrfurcht gebietenden Ueberlegenheit hervorbringt. Sicherlich würde sich niemand unterstanden haben, im Verkehr mit diesem bei aller Zwanglosigkeit immer aristokratischen Kavalier über eine gewisse, von ihm selbst gezogene Grenze der Vertraulichkeit hinauszugehen oder jenen freien, ungenierten Ton anzuschlagen, der so leicht zur Rücksichtslosigkeit ausartet. Aber es waren doch nicht diese Respekt einflößenden Eigenschaften gewesen, die dem Oberstleutnant ohne alles eigene Zutun zu seiner dominierenden Stellung im Klub der Dreißig verholfen hatten. Solcher alten Militärs laufen in den Straßen Berlins zu Hunderte umher, ohne daß man sich bei aller schuldigen Hochachtung sonderlich zu ihnen hingezogen fühlte. Was Harro Arnitorf von der großen Mehrzahl seiner Kameraden unterschied, war der geradezu bezwingende Ausdruck lauterster Herzensgüte und innerlicher Beschaulichkeit auf seinem in den äußeren Formen so kühnen und energischen Gesicht, war die wohltuende Ruhe und Milde im Klang seiner Stimme, war vor allem der köstliche, schalkhafte Humor, über den er in jeder Lebenslage zu verfügen schien, mit dem er alle Gegenstände in seiner Umgebung zu verklären und selbst dem hier und da unvermeidlichen Tadel jede verletzende Schärfe zu nehmen wußte.

Es war innerhalb des Klubs kein Geheimnis, daß der Oberstleutnant, wenn er auch nicht geradezu in ärmlichen Verhältnissen lebte, doch außer seiner Pension nur über ein bescheidenes Vermögen verfügt, und er selber pflegte oft genug über seine Bedürftigkeit zu scherzen oder aber in den drolligsten Uebertreibungen von seinen fürstlichen Reichtümmern zu reden. Aber es war auch kein Geheimnis, daß es unter den Dreißig keinen freigebigeren Menschen, keinen hochherzigeren Macen gab als diesen weißköpfigen Jüngling, dessen Seele sich auch in dem alternden Kör er ihre volle Empfänglichkeit bewahrt hatte für die Regungen innigen Mitleids mit dem Unglück und heiliger Begeisterung für alles Schöne und Große.

Daß ein Mann dieses Schlages junge Leute wie den Schriftsteller Hollfelden und den Bildhauer Hainau mit seiner besonderen Freundschaft ehrte, ließ sich ja am Ende noch verstehen, wie zahlreich und wie ausgeprägt auch die äußerlichen Verschiedenheiten sein mochten. Während Hainaus gesunde, manchmal etwas formlose Natürlichkeit unschwer die Herkunft des jungen Künstlers aus einem sehr bescheidenen Milieu und seine Abstammung von bäuerlichen Vorfahren erraten ließ, war Heinz Hollfelden ganz der Typus des zartnervigen, in der zugleich beschaulichen und zehrenden Großstadtluft aufgewachsenen Menschen, dessen durstige Seele frühzeitig alles in sich aufgenommen, was ihr groß und bedeutsam erschien, und bei dem sich infolgedessen die Phantasie ein wenig auf Kosten des scharf und logisch denkenden, nüchtern prüfenden Verstandes entwickelt hat. Seine nahezu rührenden Bekennen wußte: daß er der zuverlässigste und aufopferndste Freund, der selbstlose Verteidiger der Armen und Bedrückten war, aber sie kannten auch seine nervöse Reizbarkeit, seine Neigung, Dinge, die anderen kaum der Beachtung wert erschienen wären, sehr ernst oder gar tragisch zu nehmen, seinen Hang zum Grübeln und die Launenhaftigkeit seiner Stimmungen. Daß seit dem Tage, an dem man zum ersten Male in den Zeitungen von dem Mord in der Rankestraße gelesen, eine augenfällige Veränderung mit ihm vorgegangen war, nahm im Grunde niemand zu wunder, der seit längerem mit ihm verkehrte. Man wußte ja aus jenen Berichten, wie nahe er persönlich an dem gräßlichen Vorkommnis in seinem Hause beteiligt gewesen war, und man fand nichts Befremdliches darin, daß seine sensible Natur sich von den empfangenen schauerlichen Eindrücken schwerer frei zu machen vermochte, als es den meisten Durchschnittsmenschen möglich gewesen wäre. Man sah mit Bedauern, aber ohne eigentliche Verwunderung, daß er gleich und angegriffen umherging, daß sein Wesen, wenn er für kurze Augenblicke seine gewöhnliche Selbstbeherrschung verlor, etwas geradezu Verstörtes hatte — daß er bald die Gesellschaft seiner Freunde scheu vermied, bald mit forcierter Lustigkeit an Zerstreuungen und Vergnügen, die er sonst nur maßvoll genossen, fast bis zur Erschöpfung teilnahm. Gewiß war er unter diesen Umständen bei weitem nicht mehr der amüsante Gesellschafter, als den man ihn sonst im „Klub der Dreißig" geschätzt hatte, von dem Oberstleutnant aber wurde er darum nicht weniger liebenswürdig und rücksichtsvoll behandelt als bisher. Ja, es hatte sogar ganz den Anschein, als ob ihm der alte Herr neuerdings ein verdoppeltes Interesse zuwende, als ob er bei den Unterhaltungen an seinem Tische immer in erster Linie zu ihm und für ihn spreche, und als ob er mit besonderer Sorgfalt darauf bedacht sei, alles zu vermeiden, was ihn verletzen könne.

Von dem vierten des kleinen Kreises, dem Privatgelehrten Doktor Gregor Dombrowski, ließ sich dasselbe nicht gerade sagen. Aber man war zu sehr an allerlei kleine Sonderbarkeiten von seiten des Doktors gewöhnt, als daß man sich über die Ursachen seines veränderten Benehmens gegen Hollfelden hätte den Kopf zerbrechen sollen.

Begriff man doch überhaupt nur schwer, welchen Umständen Dombrowski seine Aufnahme in den engeren Zirkel des Oberstleutnants zu danken habe. In der äußeren Erscheinung des ungefähr dreißigjährigen Mannes war gewiß sehr wenig Bestechendes oder auch nur Sympathisches. Von zartem, fast schwächlichem Körperbau und blasser, gelblicher Gesichtsfarbe, verleugnete er weder im Schnitt des Antlitzes noch in seiner Redeweise die slavische Rasse, der er angehörte. Seine tiefdunklen Augen hatten den müden, verschleierten, gleichsam nach innen gekehrten Blick eines Menschen, der gewöhnt ist, sich mehr mit sich selbst als mit anderen zu beschäftigen, und schön war an ihm nichts als die fein gemeißelte Stirn, von der Arnitorf einmal gesagt hatte, daß ihre edle Form allen Liebreiz der milesischen Venus aufwiege.

(Fortsetzung folgt.)

kommen wurde, leider — wie ich wiederhole — unter Mitwirkung deutscher Industrieller. Unter der neuen bürgerlich durchsetzten Regierung ist es nun gelungen, und zwar nach unendlichen Kämpfen, dem Schädling etwas zu Leibe zu rücken, und eine teilweise Ermäßigung der Ausfuhrabgabe zu erwirken, sie völlig zu beseitigen, hatte auch die neue Regierung nicht den Mut. Wer weiß, ob dieses neue große Unglück nicht noch wäre verhindert worden, wenn unserem Antrag entsprechend, vor Monaten schon die Ausfuhrabgabe, die die soziale genannt wird, aber in ihren Wirkungen so unsozial wie nur möglich ist, und sein muß, beseitigt worden und damit der Vergessenheit anheimgefallen wäre?!

„Praktischer" Kommunismus.

Die vereinigten Kommunisten (V. K. P. D.), die sich bekanntlich auf dem Unabhängigen-Parteitag in Halle von ihren bisherigen Freunden abgespalten haben, weil diese nicht revolutionär genug seien, haben links von sich noch Radikalere. Das sind die sich K. A. P. D. = Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands nennen. Beide Gruppen liegen sich beharrlich gegenseitig in den ultraroten Haaren. Es ist nun amüsant, zu sehen, wie sie sich dabei ihre Sünden vorhalten. So klagt die „Rote Fahne", das Parteiorgan der vereinigten Kommunisten, daß die K. A. P. D. immer ältere, weil sie (die V. K. P. D.) für Erhöhung der Arbeitslosensätze eintrete und die politischen Arbeitslosenräte ablehne. Dabei seien K. A. P. D.-Leute doch stets bereit, die erhöhten Sätze einzustecken. Ist das schon eine niedliche Unterschiebung von Wort und Tat, so wird die Sache noch amüsanter durch das, was die „Rote Fahne" danach noch ausplaudert. Sie erzählt nämlich: „In einer deutschvölkischen Versammlung in der Bockbrauerei in München, sprach in der Diskussion der K. A. P.-Mann H., einer der lautesten Schreier in den Arbeitslosenversammlungen, gegen die Taktik der V. K. P. D. In dieser ersten Versammlung erklärte er unter Beifall der Hakenkreuzler, er sei aus Not Kommunist geworden, er sei aber trotzdem Deutscher, und wenn Deutschland rufe, sei er auch da; er habe sich ja auch im Kriege freiwillig gemeldet. Die Deutschvölkischen drückten ihre Freude aus, daß es auch unter den Kommunisten noch „anständige Menschen" gebe. Es wurde schließlich eine Sammlung veranstaltet, die von H. . . . anstandslos eingesteckt wurde." Soweit die „Rote Fahne". Man braucht dieser Charakteristik der Moskauer Lenin-Anbeter kaum etwas hinzufügen, denn sie richtet sich selbst. Geld ist Geld, und es ist dem Moskowiter deshalb ganz gleich, ob es aus deutschen oder „russischen" Taschen kommt. Dabei schreien die Herren immer über „Charakterlosigkeit der Bourgeoisie", über „Ekelhaftigkeit des Kapitalismus", und wie ihre Schlagworte alle heißen. Sie selbst aber treiben „praktischen" Kommunismus, indem sie Geld hernehmen, wo sie es gerade herbekommen können, und sei es auch von den Todfeinden ihrer Weltanschauung.

Kommunistische Putschpläne aufgedeckt.

TU. Magdeburg, 2. Febr. Die Polizei deckte hier und in Stendahl kommunistische Putschpläne auf. Es war beabsichtigt, in den nächsten Tagen loszuschlagen. In Stendahl wurden eine Reihe Verhaftungen vorgenommen, ebenso auch in Magdeburg. Hier wurde der Kommunistenführer Albert Bater verhaftet. Bei der Durchsuchung des Bureaus der K. P. D. wurde viel belastendes Material gefunden.

Oesterreichs Finanzsorgen.

Wien, 1. Febr. Nach einer Mitteilung des „Abend" mußte Deutsch-Oesterreich für die Ernennung der Wiener Sektion des Wiedergutmachungsausschusses bereits 686 893 Dollar, das sind rund **450 Millionen Kronen in zwei Raten** vorschußweise beim Bankhaus Morgan erlegen. Es ist bemerkenswert, daß die erste Rate von 384 980 Dollar bereits im Mai 1920 durch einen eigens nach Paris gesandten Vertreter des Wiener Finanzministeriums sichergestellt werden mußte, also zu einer Zeit, als die Wiener Sektion des Wiedergutmachungsausschusses noch gar nicht in Tätigkeit war.

Preissturz auf der ganzen Linie

Aus dem Ruhrbezirk wird uns geschrieben:

Der **Umschwung auf dem Warenmarkte**, der sich schon seit einigen Wochen ankündigte, ist jetzt **in vollster Entwickelung.** Aus ganz Rheinland und Westfalen kommen Meldungen über **rapide Preisstürze auf dem Markt der Lebensmittel und Bedarfsartikel.** Seitdem das Groß-Schieberstum zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß infolge starken und billigen Angebots namentlich von amerikanischer Seite an eine weitere Warenpreishausse nicht mehr gedacht werden kann, stimmen sich auch in Deutschland plötzlich die Hamsterlager und Wucherspeicher, und wie ein unaufhaltsamer Strom wälzen sich Waren über Waren, deren Vorhandensein noch vor kurzem auf das entschiedenste abgestritten wurde, in die Kanäle des Kleinhandels. Die **Angebote** der Großfirmen **überstürzen sich,** namentlich in **Fett- und Fleischwaren, in Hülsenfrüchten, in Kaffee, Reis, in Cacao, ferner in Textilien, in Schuhen, sogar in Möbeln finden täglich Preisabschläge** in ganz bedeutendem Ausmaßen statt, die auch im Kleinhandel ihren Ausdruck finden. Kleinkaufleute und Kundschaft sind durch diese in raschen Sprüngen nach unten sich vollziehende Bewegung stutzig geworden; die Luft zum raschen Zugreifen ist geschwunden, und so klagen die Grossisten, daß sie für ihre Waren selbst zu den erheblich herabgesetzten Preisen keine Abnehmer finden. Wer nicht dringenden Bedarf hat, hält mit Käufen und Bestellungen zurück. Und wir glauben, daß sie recht daran tun; denn in Kreisen, die als gut unterrichtet gelten, wird mit einem **weiteren Sinken der Preise** gerechnet. Wann die rückläufige Bewegung ihr Ende erreicht haben wird, läßt sich natürlich schwer voraussagen. Alle Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß sie noch eine zeitlang anhalten wird. Vom Standpunkt des Verbrauchers ist der Preissturz zwar zu begrüßen; ob er, wenn er sich in dieser rapiden Weise weiter entwickelt, der Allgemeinwirtschaft nicht schweren Schaden bringen wird, muß vorläufig abgewartet werden.

In manchen Artikeln ist der Preissturz — Preisabbau ist kaum noch der richtige Ausdruck — geradezu katastrophal. Vielfach tragen die Angebote die Anzeichen des Angstverkaufs offen an der Stirn. Die schärfste Kurve nach unten zeigen auf dem Markt der notwendigen Lebensmittel wohl die Fettwaren. Dieser Tage wurden in einem angesehenen Fachblatt zwei Waggon wahrscheinlich amerikanischen **Schmalzes** zum Preise von 14 Mark das **Kilo** (!) angeboten. Im Kleinhandel ist Schmalz, das neulich noch mit 18 und 19 ℳ gehandelt wurde, jetzt für 12 ℳ das Pfund zu haben. Die Behörden geben aus ihren großen Beständen die Ware ohne jede Markenbeschränkung an die Bewohnerschaft ab. So bietet der Magistrat der Stadt Bochum Schmalz zu 13 ℳ pro Pfund an. **Margarine** ist von 15 und 16 ℳ auf 12 ℳ zurückgegangen; **Straßenhändler rufen sie sogar** mit 10 ℳ aus. **Kokosfett**, bisher mit 15—16 ℳ bezahlt, wird jetzt mit 12 und 13 ℳ losgeschlagen. **Speck, Schinkenspeck** und **Vorderschinken** kosten statt bisher 18 und 20 ℳ nur noch 12 bis 16 ℳ. **Außerordentlich stark** ist auch der **Preisrückgang der Oele.** Hier sind Abschläge bis zu 40 und 50 Prozent zu verzeichnen. Backöl kostet heute im Kleinhandel 14,50—16,— ℳ, Butteröl 15,90 bis 18,— ℳ das Liter, Salatöl 23 ℳ. Einen unhemmbaren Drang nach unten zeigen auch die **Eierpreise.** Während man neulich für das Hühnerei 3—3,30 ℳ bezahlen und dazu noch Dank sagen mußte, stehen Eier heute in großen Mengen für 1,90—2,30 ℳ zur Verfügung. Auf die Hühner, die nur hinten herum legten, ist man also nicht mehr angewiesen. In Ostfriesland kosten frische Hühnereier sogar nur noch 1,30 ℳ und man rechnet damit, daß sie in allernächster Zeit weiter auf 1 ℳ und womöglich noch darunter gehen werden. Bezeichnend ist dabei, daß die Händler — ganz entgegen ihrer während des Krieges und in der Nachkriegszeit geübten Praxis jetzt für faule Eier Ersatz leisten. In einem Falle inserierte ein Eierhändler sogar, daß Umtausch innerhalb einer Woche gestattet sei. Woraus man entnehmen mag, daß der **Preisabbau in Bezug auf die Verkehrs- und Handelssitten** auch eine ganz **erfreuliche Wirkung** nach der **erziehlichen Seite** hin haben kann.

Großen Anreiz bieten die Auslagen der Metzgereien und Fischhandlungen. In einer Stadt des Wuppertales konnte dieser Tage ein Metzger sogar **Ochsenfleisch** mit 7—9 ℳ das Pfund anbieten. Das scheint allerdings eine vorläufig noch sehr seltene Ausnahme gewesen zu sein. Schweinefleisch ist von 20—22 ℳ auf 18—20 ℳ zurückgegangen und wird noch weiter sinken. Rindfleisch wird mit 13 und 14 ℳ bezahlt, **Kalbs- und Hammelfleisch mit** 14 bis 16 ℳ. **Kalbfleisch** ist schon für 8 ℳ zu haben, ebenso Kaninchenfleisch. Fohlenfleisch für 10 ℳ, Corned beef für 10 und 12 ℳ. Dem Fleisch schließen sich in der rückläufigen Bewegung die Fische an. Der Hering, die vielbegehrte Bergmannsforelle, der bis zu 2 ℳ bezahlt und infolgedessen ganz stolz geworden war, ist auch bedeutend wohlfeiler; er kostet 0,70 bis 1,— ℳ das Stück.

Käsefreunde werden nicht bös darüber sein, daß namentlich die besseren Käsesorten wieder einigermaßen erschwinglich geworden sind. Der seit- und qualitätsreiche Chesterkäse, der vor etwa acht Wochen in manchen Geschäften 34 bis 36 ℳ kostete, ist zunächst auf 28, dann auf 20 und 18 ℳ heruntergesackt und wird in vereinzelten Fällen schon mit 12,90 ℳ zum Kauf gestellt, während Goudakäse, angeblich prima vollfett, mit 13 ℳ offeriert wurde.

Einen empfindlichen Rückschlag haben die **Hülsenfrüchte** aller Art erfahren. Es kosten Rangoonbohnen 1,45 ℳ, prima weiße Bohnen 1,60 ℳ (bisher 3,50 ℳ), Erbsen 2,— bis 2,50 ℳ (3,75 ℳ). Bei Linsen ist der Abschlag geringer. **Reis** ist mit 3,— bis 3,30 ℳ in den einfachsten Qualitäten käuflich. Salzschnittbohnen kosten 60 ₰ das Pfund, während sie vor dem Preissturz mit 1,20—1,50 ℳ bezahlt wurden. Preiselbeeren mit Aepfeln sind mit 4,90 ℳ das Pfund am Markt; Rübenkraut wird mit 2,90 ℳ feilgeboten. Einen guten, zum Teil sogar vorzüglichen **Bohnenkaffee** kann man heute für 20, 22 und 25 ℳ das Pfund erstehen.

Entsprechend dem Sinken der Fettwaren hat sich auf dem **Seifenmarkt** ein bedeutendes **Fallen der Preise** geltend gemacht; man kauft jetzt das **Doppelstück guter Kernseife** schon mit 4,50 ℳ.

Aehnliche und zum Teil noch einschneidendere Preisrückgänge als auf dem Markt der Lebensmittel sind auf dem **Schuh- und Kleidermarkt,** in der **Leinen- und Wäschebranche,** in **Woll- und Webwaren** und auf dem **Möbelmarkt** zu verzeichnen. Als abschließend dürfen, wie gesagt, die jetzt notierten Preise noch nicht betrachtet werden; es ist im Gegenteil mit einem weiteren sehr fühlbaren Rückgang zu rechnen, weshalb man klug daran tut, sich nicht über den allernotwendigsten Bedarf hinaus einzudecken. **Hamsterangst ist angesichts der heutigen Marktlage wahrlich nicht mehr am Platze.**

Die Volksheimstätten eine Schicksalsfrage unseres deutschen Volkes.

Ein anregender Abend war den Zuhörern beschieden, die sich vor einigen Tagen in der Aula des Realgymnasiums eingefunden hatten. Der Wanderredner des Heimstättenamtes Kuhlendahl-Siegburg schilderte eingangs die große Not, in der sich unser Volk befindet. Die letzten Forderungen unserer bisherigen Feinde lassen auch die nächste Generation an dem Elend teilnehmen, ja, diese hat noch viel mehr zu leiden. Unsere Kinder müssen von ihren frühen Tagen an, Zeit ihres Lebens die Sklavenketten tragen, um den Verpflichtungen des Versailler Friedens in etwa nachkommen zu können. Am aufdringlichsten zeigt sich die Not in dem noch ständig wachsenden Wohnungselend, und das schlimmste dabei ist, das man bisher keinen Ausweg finden konnte. Regierung und Personen mit starkem Volksempfinden haben sich zusammengetan, um hier, wo kleine Mittel, wie Mietsteuer, Rationierung von Wohnungen, Errichtung von Notbauten nicht viel helfen, in großzügiger Weise Vorschläge zu machen. Dem Reichsarbeitsministerium ist ein „ständiger Beirat für Heimstättenwesen" beigesellt mit dem Rechte, Vorschläge zu machen und Entwürfe in Gesetzesform der Regierung vorzubereiten und zu unterbreiten. Diesem Beirat gehören u. a. Vertreter von 6 großen Gewerkschaften an, die Angehörige aller Parteien vertreten. Dieser Beirat wird also vom Vertrauen fast des ganzen werktätigen Volkes getragen. Diesen Hoffnungen muß Rechnung getragen werden. Zuerst hat der Beirat den Musterentwurf zu einem Heimstättenvertrag entworfen, der das Heimstättengesetz vom 10. Mai 1920 überall lebendig machen kann, wo die Frage des billigen Landes, des billigen Geldes und der billigen Baustoffe gelöst ist. Dann hat er sich der Frage zugewandt: Wie ist billiger Boden zu beschaffen dort, wo kein Staats-, Gemeinde-, Kirchen- oder Stiftungsland zur Verfügung steht. Als Ergebnis dieser Beratungen erschien der Vorschlag des ständigen Beirates eines „Gesetzes über den erleichterten Erwerb und besseren Gebrauch des deutschen Bau- und Wirtschaftslandes." In der Lösung der Geldfrage entschied der ständige Beirat für den Vorschlag, die Darlehnskassen nutzbar zu machen, ein Vorschlag, der in der Oeffentlichkeit noch ein Gegenstand heißen Kampfes ist, das zeigte sich auch in der Aussprache mit Fachkennern nach dem Vortrag. Rein theoretisch hat die Frage natürlich mancherlei Bedenken. Aber in der Wirklichkeit heißt die Wahl: Heimstätten — Darlehnskassenscheine oder Mietsteuer! Schließlich hat sich der ständige Beirat mit der bedeutsamen Frage befaßt, wie billige Baustoffe ermöglicht werden können. Hier haben neben den Führern der großen Baugewerkschaften anerkannte Größen in der Durchführung billiger Bauweisen mitberaten u. ist auch hier zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen. Man muß immer im Auge behalten, außergewöhnliche Zeiten, wie die jetzigen verlangen außergewöhnliche Mittel und Wege.

Aeußerst anregend verlief auch die sich anschließende Besprechung des Vortrages. Allgemein angenehm wurde empfunden, daß in dieser Versammlung, in der fast alle Stände und politischen Richtungen vertreten waren, der trennende Gedanke sie umschlug: eine andere, gerechte Bewertung des Bodens, wie es vornehmlich der „Bund Deutscher Bodenreformer" im Auge hat und durchzuführen bestrebt ist. Dieser Bund ist ja auch mitführend in der Heimstättenfrage. Als Ergebnis des Abends kann man bezeichnen, daß die schon seit langem tätige „Gemeinnützige Baugenossenschaft" in der Heimstättenfrage die Führung übernehmen wird, unterstützt von Stadtbauamt und Stadtverordnetenkollegium, die sich besonders bemühen wollen, unterstützend einzugreifen, wenn jemand dazu Selbsthilfe — ein Gedanke, der im Vortrag u. Aussprache einen breiten Raume einnahm — zur Heimstätte gelangen will. Schließlich einigte sich die Versammlung auf folgende Entschließung:

„Die im Realgymnasium in Gevelsberg versammelten Angehörigen aller Stände erkennen die grundsätzliche Bedeutung des Heimstätten- und Siedlungswesens für den sittlichen und wirtschaftlichen Aufbau unseres deutschen Volkes und fordern von den Reichs-, Länder- und Gemeindevertretungen mit Nachdruck die Förderung aller Bestrebungen, die auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sind.

Sie fordern insbesondere eine ausreichende, zweckmäßige Beschaffung von Siedelungsland. Geeignetes Baugelände, das durch den Wohnungskommissar jederzeit enteignet werden kann, soll zu gerechten Preisen in den Besitz der Gemeinden oder gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften überführt werden.

In der Erkenntnis, daß das Reich nicht weiter in der Lage ist, ausreichende und daher verlorene Baukostenzuschüsse zu gewähren, fordern sie billiges Geld und fordern den Ausbau in dem vom „Gesetz" bezeichneten Sinne.

Ferner fordern sie den sofortigen Beirat für Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium" vorgeschlagenen Reichsheimstättendarlehnskassenscheinen, der unbedingt kommen muß, wenn im Baujahr 1921 endlich Ernst mit der Belebung der Bautätigkeit gemacht werden soll.

Alle Behörden sind anzuweisen, ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern, die durch Selbsthilfe sich aus dem Wohnungselend und den damit verbundenen sittlichen und wirtschaftlichen Gefahren befreien wollen, Hilfe zu leisten, um die hier wach werdenden gesunden Kräfte des Volkes nicht nutzlos vergeuden zu lassen.

In der Erkenntnis, daß aller Segen, der von der Heimstättenbewegung ausgeht, unter dem heutigen Bodenrecht verloren und in sein Gegenteil verkehrt werden kann, fordern sie von der Regierung die baldige Vorlage eines Entwurfes für ein neues Bodenrecht."

Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei.

Am gestrigen Abend ist nun auch die Deutsche Volkspartei unserer Stadt in den Wahlkampf eingetreten. Der Auftakt war ein offenes, treues Bekenntnis zu unserem Volk und Vaterland. Die Partei hat durch den Mund ihres Redners Pfarrer Graebke-Soest, der den wegen Krankheit ausgefallenen Dr. Boelitz vertrat, auch ihren Kampf um preußisches Wesen und preußischen Bestand begründet und eröffnet.

Pfarrer Graebke ging aus von dem Potsdamer Meridian, von der Stadt Friedrichs des Großen, in der sich der preußische Stil, besonders auch dem Auge, sichtbar hervorhebt. Wie die kümmerliche Gegend der ehemaligen Sandbüchse des Reiches, so sei auf diesem Boden der preußische Geist in den ernsten, harten, kargen, nüchternen Ton verfallen, dem unermüdliche Arbeit, zähe Energie und eiserner Fleiß das Gepräge nach außen gaben. Eine Arbeit, die der Gesamtheit diente und Lebenszweck war und sich damit riesengroß über die zum Mittel zum Zweck gestempelte Arbeit der westlichen Rentnerstaaten erhob — eine Arbeit, die nicht nur Geschäft war, sondern als Beruf empfunden wurde. Aus diesen Gesichtspunkten heraus sei auch das alte treue Beamtentum, aus der Schule der großen preußischen Könige, zu werten, dessen Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Unbestechlichkeit einzig in der ganzen Welt dagestanden habe. Die preußische Schule der Hohenzollern habe auch das Christentum, die Religion, für eben diese hohen sittlichen Werte im Volkstum als unverrückbare Basis erkannt und entsprechend bewertet und aus Luthers Christentum als Bekenntnis des Leidens stets den Mut und die Kraft geschöpft, die nötig waren, um aus dem tiefen Elend während des 7jährigen Krieges und nach der Schmach vor 100 Jahren wieder emporzukommen. Redner ging auf die Geschichte der Hohenzollern ein und auf die Stellung der Partei zur Monarchie — die, wenn sie auch von tausenden und abertausenden ihrer Mitglieder erhofft und erwünscht wird, um wieder ein unparteiisches Oberhaupt zu erhalten, heute garnicht zur Erörterung stehen kann, da die Zeit noch nicht reif ist und gewaltsame Aenderungen von der Deutschen Volkspartei entschieden abgelehnt werden. Vom Militarismus sprach er, der nicht nötig war, um zu bedrücken, den wir aber haben mußten, um die Freiheit zu erhalten, die wir mit ihm verloren — und ohne den wir ehrlos, wehrlos und rechtlos geworden sind. Ein umso größerer Schmerz, da der preuß. Militarismus im preußischen Volksheer nichts anderes gewesen sei, als die Verkörperung des preußischen Geistes, um den uns alle bewundert und darum beneidet und gehaßt haben. Heute sind die großen Hasser dieses alten Preußens am Ziele: Napoleon von außen und Bebel von innen, und gerade an dem inneren Feind, der die alten Tugenden des preußischen Volkes moralisch untergräbt, kranken wir am meisten. Sparsamkeit, Arbeitsfreudigkeit, Beamtenleistung des alten Preußens gegenübergestellt der heutigen Korruption, der Vetternwirtschaft und dem Aufstieg der Verbrechertypen, kennzeichnen am besten die Lage und da müssen wir wieder heraus. — In wunderbarer Weise wußte Redner dann die Zuversicht auf bessere Tage zu heben, fand warme Worte für alle Volksgenossen, mahnte zur Einigkeit und Einheit, forderte die alten Tugenden und schloß mit dem Bekenntnis, daß Preußen nicht zerschlagen werde, sondern seine Mission erst erfülle, für deutsches Volk und Vaterland. — Brausender Beifall bezeugte dem Redner, daß er aus aller Herzen gesprochen hatte, bezeugte den Anhängern der Deutschen Volkspartei, daß dieselbe auf dem richtigen Wege ist. Nach der Aussprache, die im übrigen nichts bemerkenswertes ergab, erhielt Pfarrer Graebke das Schlußwort, in dem er dann auf Drängen feststellen mußte, was die Deutsche Volkspartei von der Deutschnationalen Partei trenne. Als er mit der Aufforderung schloß, am 20. Februar mit dafür zu sorgen, daß preußische Tugenden wieder zu Ehren kommen könnten, erhielt er jubelnde Zustimmung und Rektor Kohlmann konnte die gut besuchte und tadellos verlaufene Versammlung mit der Befriedigung schließen, daß die Sache der Deutschen Volkspartei und damit die Sache des deutschen Bürgertums einen weiteren Gewinn durch diesen Abend bedeutet hatte.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 3. Februar.

— **Die Kirchenwahlen** stehen vor der Tür. Da ist es zu erwarten, daß auch in Rheinland und Westfalen die Beteiligung verhältnismäßig groß sein wird und ganz anderen Umfang annimmt als die früheren Kirchenwahlen. Die Kirchenwahlen sind — das ist leider wenig bekannt — viel freiheitlicher als die politischen Wahlen. Der Wähler ist ohne weiteres befugt, Namen aus der Liste zu streichen, die Liste behält ihre Gültigkeit. Während man bei politischen Parteien alle wählen mußte, auch diejenigen, die man gar nicht mochte, kann man hier ohne weiteres seine Meinung deutlich zum Ausdruck bringen. Dann ist aber noch ein zweites möglich. Dort wo 2 Listen aufgestellt sind, kann man Namen aus beiden Listen sich auswählen. Setzt den Fall, daß in einer Liste eine oder mehrere Persönlichkeiten vorhanden sind, denen man volles Vertrauen schenkt und die man als Mitglieder der Repräsentation wünscht, so braucht man nur auf der andern Liste eine entsprechende Zahl durchzustreichen und die ausgewählten auf diese Liste zu setzen. Die Kirchenwähler müssen die freiheitliche Behandlung der Wahllisten kennen, und mögen auch in ausgiebiger Weise davon Gebrauch machen.

— **Tödlich verunglückt.** Der jugendliche Arbeiter Arthur Mittelhorst, Vogellanger Str. 23, verunglückte gestern auf seiner Arbeitsstelle bei der Firma Brandt, Ebbinghaus u. Co. dadurch tödlich, daß er bei Aufwerfen eines Riemens von dem Getriebe gefaßt wurde. Dem Verunglückten wurden beide Beine unterhalb der Knie abgerissen, ebenso erlitt der Bedauernswerte innere Verletzungen, sodaß der Tod nach einer halben Stunde eintrat.

— **Preuß. Südd. Klassenlotterie.** Die Lose zur 2. Klasse der Preuß. Südd. Klassenlotterie müssen bis Freitag den 4. Februar abends 6 Uhr eingelöst werden.

— **Vermißt.** Ein Lehrling N. wird seit einigen Tagen vermißt.

— **Gestohlen.** 60 Pfund Sardinen und ein Gefäß mit Syrup wurden bei einer hiesigen Firma gestohlen. Einem Arbeiter wurde bei der Firma K. ein Geldbetrag von 25 ℳ entwendet, einem anderen Arbeiter ein Gummimantel.

— **Zur Anzeige gelangten** mehrere Personen wegen Körperverletzung.

— **Schiebung.** Eine Person gelangte wegen Schiebung mit Eintrittskarten zur Anzeige, eine andere Person wegen Zuckerschiebungen.

— **Unliebsame Gäste.** Bei einer Wirtin wurde die Kellertür erbrochen und Schnaps sowie Heringe aus dem Keller gestohlen.

— **Einbruch.** Im Güterschuppen des Bahnhofs Gevelsberg Nord wurde eingebrochen und Margarine sowie Reis gestohlen.

— **Entwendet.** Einem Hammerschmied wurden 2000 ℳ gestohlen.

— **Diebstähle.** Bei der Firma A. wurden mehrere Diebstähle ausgeführt. Handwerkszeuge und Bargeld im Gesamtwerte von 2500.— ℳ fielen den Langfingern in die Hände.

— **Festgenommen** wurden 3 Personen, die verschiedene Treibriemendiebstähle auf dem Kerbholz hatten. Die Riemen waren bereits zerschnitten und teilweise als Sohlleder benutzt.

— **Handwerk und Gewerbe gegen die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben.** Am 30. Januar 1921 fand eine vom Handwerks- und Gewerbe-Amt, Märkischen Kleinhandelsverband und Gewerbeverein, als den beruflichen Vertretungen von Handel, Handwerk und Gewerbe der Kreise Hagen-Stadt, Land und Schwelm, einberufene und aus ihren Kreisen außerordentlich stark beschickte Versammlung statt. Auf Grund der überaus treffenden Ausführungen des Verbandsdirektors Korthaus-Berlin vom Deutschen Genossenschaftsverband faßte die Versammlung einstimmig folgende Entschließung: „Durchdrungen von der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeit im Groß- wie im Mittel-, Klein-, Handels-, Handwerks- und Gewerbe-Betrieb lehnen wir die Vorschläge der Sozialisierungskommission zum Gesetzentwurf der Reichsregierung betreffend Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, aufs nachdrücklichste ab. Mit der Auffassung der Sozialisierungskommission „Die Kommunalisierung ist Sache der Kommunen" erklärt sich die Versammlung nicht einverstanden und stellt als Grundsatz auf: „Die Kommunalisierung ist Sache der deutschen Volkswirtschaft", nur deren Interessen dürfen für die Frage entscheidend sein, ob und inwieweit den Gemeinden bisher von ihnen nicht besessene Rechte verliehen werden sollen. Das Leben der Gesamtheit ist heilig und unantastbar, aber man soll für die Notwendigkeit der Kommunalisierung die Beweise erbringen. Die Vorschläge der Sozialisierungskommission sind unannehmbar. Ihre Verwirklichung würde die Betätigung der Unternehmungslust in weiten Zweigen des Wirtschaftslebens lahm legen, die Verbraucherinteressen selbst schädigen und die Gemeinden zu Unternehmungen verführen, die bei ihren Finanzverhältnissen und der heute vielfach rein parteipolitischen Orientierung ihrer Verwaltungen und Vertretungen unerträglich sind. Die Versammlung begrüßt das heutige Vorgehen in dieser Frage und fordert alle einschlägigen Kreise der Unternehmer, der Verbraucher und auch der Gemeindeverwaltungen selbst zu gemeinsamer Bekämpfung solcher gemeinschädlicher Pläne auf. Die versammelten Vertreter von Handel, Gewerbe und Handwerk erachten sich des weiteren mit dem Bergbau als der Grundlage des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens auf Gedeih und Verderb verbunden. Jede Maßnahme, welche die Produktivität des Bergbaues in Frage stellt, gefährdet auch ihr Leben."

* **Milspe**, 2. Febr. Die Sammlung für die Deutsche Kinderhilfe hatte im hiesigen Amtsbezirke einen Ertrag von 18 050,25 ℳ. Von diesem Ergebnis werden 40 Proz. an den Provinzialausschuß, 20 Proz. an die Zentrale in Berlin abgegeben und 40 Proz. für rein örtliche Zwecke verwandt. Allen Spendern sowie Sammlerinnen gebührt für den schönen Ertrag der herzlichste Dank. — Der Garten- und Obstbauverein hält am Sonntag den 6. Februar um 4½ Uhr nachm. seine diesjährige Hauptversammlung im Gasthof Strohmeyer ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. Kunstdünger-Verteilung, Benutzung der neubeschafften Obstbaumspritze. Ferner wird Lehrer Schröder einen Vortrag über „Gebrauch und Wirkung des Kunstdüngers" halten und schließlich findet Gratisverlosung von Saatgut statt.

Westfalen und Rheinland.

* **Düsseldorf**, 3. Febr. Die starke Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise (der Fahrschein kostet 75 Pfg. bis 1.25 Mk.) hat hier zu einer beträchtlichen Abwanderung von der Straßenbahn geführt. In der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober v. J. sind rund 10 Millionen Menschen weniger auf Fahrscheln gefahren als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Zahl der ausgegebenen Zeitkarten hat sich um 2600 vermindert. Dagegen ist die Zahl der Arbeiterkarten um 38 000 gestiegen. Der Zweck der Tariferhöhung, den Betrieb rentabel zu gestalten, ist natürlich bei dieser starken Abwanderung nicht erreicht worden. Es erregt daher ziemliches Erstaunen, daß die Straßenbahnverwaltung, die nunmehr auf die Rheinische Bahngesellschaft übergegangen ist, eine weitere Erhöhung der Fahrpreise plant, und zwar sollen zunächst die Zeitkarten um 100 bis 150 Prozent verteuert werden, so daß eine Vollkarte, die jetzt 60 Mark kostet, auf 150 Mark kömme. Man kann den Erfolg dieser Maßnahme voraussehen: es wird eine weitere Abwanderung von der Straßenbahn eintreten und die erhofften Mehreinnahmen werden sich mit diesmal nicht einstellen.

Das Lied.

Kennst du das Lied, das wieder mir erklungen,
schon öfters drang es mir ins Herz hinein,
das Lied, das aus der Seele mir gesungen,
wenn stumm ich lauschte: „Du, nur du allein!"

In deiner Augen Himmel sah ich wieder,
ein Strahl des Glücks für mich, mein Sonnenschein,
und keine Macht dämpft nun die Stimme wieder,
in meinem Herzen: „Du, nur du allein!"

Lyrikus.

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Rosenkranz für den Anzeigenteil: W. Klausecker. Druck: Wilh. Herrendörfer, beide in Gevelsberg.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Die glückliche Geburt des zweiten kräftigen Jungen zeigen hierdurch an

Lothar Vaerst u. Frau
Agnes geb. Schmidt.

Essen-Rüttenscheid, den 1. Februar 1921.

Erstklassige, moderne
Schreibmaschinen
Kontor-Möbel
Papier- und Schreibwaren
preiswert sofort lieferbar.
Adolf Strathmann
Inh.: J. Knappe
Mittelstrasse 47. Telefon 509.

Oeffentliche
Wähler-Versammlung
der deutschnationalen Volkspartei
Gevelsberg.
Es wird sprechen: Samstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Julius Schilken, Mittelstraße:
Frau Hedwig Hoffmann,
Bochum
über: Frauen an die Front — an die Seite der Männer.
Alle Wählerinnen und Wähler Gevelsbergs sind hiermit herzlich eingeladen.
Eintritt 1 Mark zur Deckung der Unkosten.
Freie Aussprache.
Deutschnationale Volkspartei.

Bekanntmachung.
Am Städtischen Lager werden nach wie vor täglich von 9—12 Uhr vormittags an Mitglieder Kleie im Verbande mit Palmkernschrot sowie Oelkuchen gegen sofortige Zahlung ausgegeben. Säcke sind mitzubringen.
Das Lebensmittelamt.

Amt Ennepe. — Kohlenverteilung.
Freitag, den 4. und Samstag, den 5. Februar 1921, Kohlenverteilung in Milspe, Altenhof und Wolfshügel auf die Marken 19 und 20. Der Verkauf der Gutscheine und Abgabe der Kohlen zu Milspe und Altenhof wie bisher, zu Wolfshügel Samstag nachm. von 2—4 Uhr.
Kohlenpreise in Milspe 19 und 28 Mark, zu Altenhof u. Wolfshügel 24 Mark je Ctr. Die Verteilung zu Wolfshügel findet bei dem Landwirt Mühle statt.
Während der Ausgabe-Tage bleibt die Ortskohlenstelle geschlossen.
Milspe, den 3. Februar 1921.
Die Ortskohlenstelle.

Grosser Preisabschlag!

Dachöl, I. Qualität		13.90
Speck Ia.		15.80
Reis, I. Qualität		4.00
Reis, II. Qualität		2.90
Erbsen (gelbe) Ia.		2.70
Erbsen „ Ia., 10 Pfund		25.00
Bohnen (braune)		1.65
Bohnen „ 10 Pfund		15.00
gefr. Pflaumen		5.50
Rosinen Ia.		16.00
Feinster Kaffee		26.00
Kakao		19.00

Ebenfalls in sämtlichen anderen Artikeln großer Preis-Abschlag.
Für Wirte empfehle Bier-Untersätze.
Porzellan, Stück 0.65
August Rohleder,
Haßlinghauser Straße 99.

1921
Sind Sie für Erhöhung Ihres Umsatzes u. Gewinnes?
Dann unterhalten Sie eine regelmäßige Anzeigenreklame im Heimats- u. Familienblatte. Jahrelang sind die neuen Kunden die sie auf diese Weise werben. Etwas Besseres gibt es nicht. Fordern Sie unverbindliches Angebot.

Freitag morgen Bahnhof Hause wird an der Wage
1 Waggon Runkeln
verkauft. Zentner 12.— Mk., fuhrenweise billiger.

Bohnerwachs
(Seifenstein).
Alaun,
Kali zum Härten,
Salmiak,
Borax,
Blutstein,
Kleesalz.
Für Industrie billigste Bezugsquelle.
Germania-Drogerie
Herm. Köhler
(Fernsprecher 756).

Fabrik Marke
Kessler's Zigaretten
zu Fabrikpreisen.
Zigarren,
Zigarillos,
Kautabak
Strangtabak
Zweigniederlage:
Zigaretten-Comp.
Kessler,
Gevelsberg, Mittelstr. 41.
Fabrik und Zentrale,
Hagen i. Westf.
Fernsprecher 459 u. 659.

Eine Partie prima erstkl.
Ferkel und Säuer
(eigene Zucht von eingetragenen Eltern) und eine junge, schwere
hochtragende Kuh
abzugeben.
Mertens,
Haßlinghausen 2. Landringhausen

Werkstattschreiber
für das Betriebsbüro einer größeren hiesigen Werkzeugmaschinenfabrik zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerber mit Erfahrungen im Kalkulieren erhalten den Vorzug.
Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit unter A 150 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Für hiesiges Fabrikgeschäft sucht zum 1. April oder früher
kaufm. Lehrling
mit höherer Schulbildung zur gründl. Ausbildung.
Selbstgeschriebene Angebote unter A. 773 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Für das kaufmännische Büro eines größeren hiesigen Werkes
Lehrling
mit höherer Schulbildung (Reifezeugnis der Realschule) zum 1. April gesucht.
Schriftgewandte Bewerbungen sind zu richten unter K. 300 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für sofort oder zum 15. Februar suche ich ein erfahrenes, nicht zu junges
Morgen- oder Zweitmädchen,
welches zu Hause schlafen kann. Erstmädchen vorhanden.
Frau Friedr. Bockhacker jr.
Haßlinghauser Str. 213.

Für sofort oder später ein braves, fleißiges
Mädchen
gesucht. Jeden Sonntag Ausgang. Zu erfragen Hagener Str. 153.

Waschfrau
für einen Tag im Monat sucht
Frau Otto Westebbe,
Mylinghauser Str. 10.

Junger Mann,
welcher sein dritt. Jahr seiner Lehrzeit beendet
sucht Stellung
auf kaufm. Büro zwecks weiterer Ausbildung.
Angebote unter A. G. 150 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Suche, meine 15j. Tochter
Stell. als Lehrmädchen
in Modenwarengeschäft. Angebote unter S. W. an die Geschäftsst.

Jung. Mädchen
das seine Lehrzeit beendet, sucht zum 1. April
Stellung
als Kontoristin oder Verkäuferin. Angebote unter A. W. 22 an die Geschäftsst.

Suche noch einige Kunden
in Wäsche, Kitteln und Stücken unter dem Hause oder im Geschäft. Zu erfragen in der Geschäftsst.

Freundl. möbl. Zimmer
in gutem Hause an ruhigen Herrn zu vermieten.
Mittelstraße 61, II. Etg.

2 Küchen (Anbau) u. 2 Schlafzimmer-Einrichtungen
(weißlackiert) preiswert abzugeben.
Albert Ackmeyer, Schreinerei, Vogellang. (Str. Schwelm.)

Zu verkaufen:
1 Oberschrank
mit 2 Schubladen, alles sehr gut erhalten. Zu erfragen
Tisch
Fritz Konze, Schreinermeister, Hagener Str. 91.

Eine gutgehende
Bottstelle mit Matratze
zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsst. ds. Ztg.

Fast neuer gut brennender
Dauerbrandofen
u. 2 kl. Gasöfen
zu verkaufen. Näheres
Brüderstr. 15, part.

Ev. Arbeitsgemeinde Gevelsberg
Heute abend 7½ Uhr im Vereinshaus
Frauen-Bibelstunde.
Thema: Mose.

Bekanntmachung.
Unter dem Buchstaben des Buchdruckereibesitzers Heinrich Spelsberg in Milspe ist die Firma Spelsberg & Co. in Milspe erloschen.
Milspe, 31. Jan. 1921.
Die Polizeiverwaltung
Bürgermeister.

Ausverkauf
in
Photographie-Rahmen
zu bedeutend herabgesetzt. Preisen.
Muster sind in meinen Schaufensterauslagen.
A. Strathmann.
(Inh. J. Knappe)
Mittelstr. 47.

Fast neue Joppe u. Weste
für mittlere Figur, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. ds. Ztg.

Kinderwagen
mit Gummirädern zu verkaufen. Zu erfragen Nach 1 b. Hohenstein.

Nähmaschine
gebrauchte, hochmoderne, in tadellosem Zustande, zu verkaufen. Angebote mit Preisangabe u. A. G. 666 an die Geschäftsstelle.

Foxterrier.
Rüde, wache und scharfe, gesetzlich eingetragen, zu verkaufen. Schwelm, Hagenerstr. 20. Nachm. von 3—6 Uhr.

Ziege zu verkaufen.
Haßlinghausen, Landringhausen 62.

Habe stets
Legehühner
abzugeben.
Kleffelerstraße 38.

Reparaturen
an Nähmaschinen u. Fahrrädern werden unter fachk. Leitung sachgemäß u. preiswert ausgeführt.
Gebr. Klein, Hagen,
Wehringhauser Str. 1a. Tel. 33.